

Chronik

Vom 5. bis 13. September fand in Kairo die *Dritte UN-Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung (ICPD)* mit Delegationen aus 174 Ländern statt. Ökumenischen Unmut löste aus, daß sich die römisch-katholische Kirche über den Vatikanstaat vertreten ließ, Absprachen mit fundamentalistisch orientierten islamischen Staaten traf und den Konferenzablauf zu dominieren suchte, während es zu keiner Gemeinsamkeit mit den Partnerkirchen in der ökumenischen Bewegung kam. Diese konnten sich mit vielen anderen Institutionen lediglich über eine Delegation des ÖRK im Status von Nichtregierungsorganisationen (NGO) beteiligen. Die ÖR wird berichten.

Der ÖRK hat für die *nächste Weltmissionskonferenz 1996* in der nordostbrasilianischen Stadt Salvador das Thema „Berufen zu einer Hoffnung: Das Evangelium in verschiedenen Kulturen“ festgesetzt.

Der Ökumenische Rat der Kirchen, der Lutherische und der Reformierte Weltbund und die Konferenz Europäischer Kirchen geben seit 1. September gemeinsam die „*Ökumenischen Nachrichten International*“ (ENI) heraus. Sie lösen den bisherigen „Ökumenischen Pressedienst“ (EPS) ab. Die Informationen werden elektronisch oder per Fax übermittelt. Vierzehntägig erscheint eine gedruckte Zusammenfassung. Erstsprache ist Englisch, ab Mitte 1995 ist neben der französischen auch eine deutsche Übersetzung vorgesehen. ENI soll nach dem Willen seiner Gründer „unabhängig und professionell“ arbeiten.

Ende August wurde auf der Prinzeninsel Chalki im Marmara-Meer nahe Istanbul das 150jährige Bestehen der *Theologischen Fakultät des Ökume-*

nischen Patriarchats feierlich begangen. Seit 23 Jahren ist der weiterbestehenden Einrichtung der Lehrbetrieb durch den türkischen Staat verwehrt. Bei den Feierlichkeiten wandten sich der Ökumenische Patriarch und viele ökumenische Gäste, unter ihnen ÖRK-Generalsekretär Konrad Raiser, an die türkische Regierung mit der Bitte, das Verbot aufzuheben und das Studium in Chalki wieder zu ermöglichen.

Die Synode der *Presbyterianischen Kirche von Korea* hat nach jahrzehntelanger Ablehnung der Zulassung von Frauen zum Presbyter- und zum Pfarramt zugestimmt.

In der *Kirche von England* sind (Stand Juli 1994) bisher 139 aktive und emeritierte Priester zur römisch-katholischen Kirche übergetreten. Über jeden einzelnen Fall wird zwischen den beteiligten Bischöfen gesprochen, nicht jeder Aspirant wird akzeptiert. Auffällig ist, daß in den Medien, vor allem den deutschen, fast ausschließlich über diese Konversionen, aber kaum über den Gewinn durch die etwa 1000, meist bereits im kirchlichen Dienst bewährten Priesterinnen berichtet wird, die die Kirche von England durch ihre Zustimmung zur Frauenordination gewonnen hat. Erfreulich ist, daß der internationale anglikanisch/römisch-katholische Dialog (ARCIC II) genau am Brennpunkt, nämlich beim Priesteramt wieder aufgenommen wurde.

Die Generalsynode der *Kirche von England* hat zwei Anträge mit deutlicher Mehrheit abgelehnt, die die Gegenzeichnung des Premierministers bei der Ernennung von Diözesanbischöfen und die Zustimmung des Parlaments zu Synodalentscheidungen abschaffen wollten.

Der Primas der *Kirche von England*, Erzbischof George Carey, besuchte auf Einladung des chinesischen Christenrats vom 8. September an die Volksrepublik China.

Eine Delegation der *Kirche von Schweden* weilte unter Leitung des Erzbischofs von Uppsala, Gunnar Weman, Mitte September in Deutschland. Besucht wurde die EKD und die VELKD. Bei den Gesprächen ging es u. a. um das Verhältnis Kirche und Staat in Deutschland, nachdem auf diesem Feld in Schweden für die nächsten Jahre ein Auseinanderrücken ansteht. Eine Kontaktgruppe soll eingerichtet werden, die sozioethische und europapolitische Fragen bespricht, die Kontakte zu Osteuropa koordiniert und an den theologischen Gesprächen mit der Kirche von England teilhat (Porvoo-Dokument).

In *Georgien* wurde am 1. September orthodoxer Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen eingeführt.

Mit ihrem ersten Zusammentritt vom 2. August bis 8. Mai in Zeist/NL konstituierte sich die neue *Provinzialsynode der Europäisch-Festländischen Brüderunität*. Neben Wahlen standen das Gemeindegewachstum, die künftige Leitungsstruktur mit Dienstordnung, die Jugendarbeit und ein neues Gesangbuch zur Beratung an.

Vom 29. Juni bis 3. Juli fand in Dresden in großer ökumenischer Offenheit der 92. *Deutsche Katholikentag* unter dem Thema „Unterwegs zur Einheit“ statt. Erstmals gab es eine eigene Kommission „Konziliarer Prozeß“, die in mehr als 30 Veranstaltungen einen eindrucksvollen Überblick über die ökumenischen Bemühungen zu Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung vermittelte.

Die *Deutsche Bischofskonferenz* hat unter dem 21. Juni 1994 ihre Stellung-

nahme zu der 1986 fertiggestellten Studie „Lehrverurteilungen – kirchentrennend?“ veröffentlicht. Die ÖR wird berichten.

Die *orthodoxen Kirchen* in Deutschland haben sich enger zusammengeschlossen. In Bonn wurde am 19./20. September eine „Kommission der orthodoxen Kirchen in Deutschland“ gegründet, deren Vorsitz der Münsteraner Theologe Anastasios Kallis (griech.-orth. Metropole) innehat. In der Kommission sind die Griechische, Russische (Patriarchat und Exilkirche), Serbische, Bulgarische und Rumänische Orthodoxe Kirche vertreten. Die Kommission stellt die Vorstufe zu einer geplanten gemeinsamen Bischofskonferenz in Deutschland dar.

Die EKD hält den *Religionsunterricht* als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen für unverzichtbar. In einer am 7. September vorgelegten *Denkschrift „Identität und Verständigung“* wird zwar unter dem Stichwort konfessionell-kooperativer Religionsunterricht eine Ausweitung der evang.-katholischen Zusammenarbeit befürwortet, ein überkonfessionelles Fach „Religionskunde“ aber abgelehnt. Über die schon bisher gegebene Offenheit des evang. Religionsunterrichts für alle Schüler hinaus werden der Besuch in Kursen der anderen Konfession, gemeinsame Schulgottesdienste und gemeinsame Unterrichtsphasen empfohlen. Probleme sieht die EKD bei der Einführung muslimischen Religionsunterrichts, solange von islamischer Seite eine repräsentative Vertretung fehlt, die als Partner des Staates garantieren kann, daß dieser Unterricht mit den Lehren des Islam, aber auch mit der Wertordnung des Grundgesetzes übereinstimmt. Federführend für die Denkschrift war die EKD-Kammer für Bil-

dung und Erziehung unter Vorsitz des Tübinger Religionspädagogen Prof. Dr. Karl Ernst Nipkow.

Am 5. September wurde in Frankfurt am Main als Privatinitiative von Kirchen- und Gewerkschaftsangehörigen, Mitgliedern von Bürgerinitiativen und staatlichen Stellen ein *Interkultureller Rat in Deutschland* gegründet. Seine Zielsetzung ist die Überwindung von Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Zu Vorsitzenden wurden Jürgen Micksch/Darmstadt und Saskia Santoso/Nürnberg, Stellvert. Vorsitzende der Ausländerbeiräte in Bayern gewählt. Schatzmeister wurde Leo Monz/Düsseldorf, tätig im Vorstand des DGB. Die Gründung erfolgte ohne Fühlungnahme mit der EKD, der deutschen Bischofskonferenz und der ACK in Deutschland. Letztere hatte am 8. Juni 1994 als gemeinsame Willenskundgabe und Aktion ihrer Mitgliedskirchen ein „Arbeitsvorhaben zur Überwindung von Fremden-

feindlichkeit, Rassismus und Gewalt in Deutschland“ beschlossen.

Der *Senat der Universität München* hat auf Empfehlung der beiden theologischen Fakultäten der Einrichtung eines *orthodoxen Ausbildungsganges* zugestimmt.

Der Tübinger Theologe und Vorsitzende der Theologischen Kammer der EKD, Eberhard Jüngel, warnte in einer Podiumsdiskussion in Speyer anlässlich der 60jährigen Wiederkehr der Theologischen Erklärung von Barmen vor einer *evangelischen Kirche*, die in der Öffentlichkeit nur noch als „mäkelige Institution“ wahrgenommen werde und damit zunehmend an Bedeutung verliere. Die evangelischen Kirchen kritisierten zwar viele politische Entscheidungen, seien aber unfähig, ihre eigenen Bekenntnisse zu formulieren. Die Barmer Erklärung stehe für einen offenen Diskurs und für ein ernsthaftes Bemühen um „das Wachstum der ökumenischen Einheit“.

Von Personen

Berufen bzw. gewählt wurden:

Präses Peter Beier/Düsseldorf, der estnische lutherische Erzbischof Jaan Kivit/Reval, die Pastorin Elisabeth Parmentier/Straßburg und der Vorsitzende des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, Pfarrer Heinrich Rusterholz/Bern in das Präsidium des Exekutivausschusses der Leuenberger Kirchengemeinschaft. Als Leiter des Sekretariats wurde Oberkirchenrat Wilhelm Hüffmeier/EKU Berlin bestätigt;

Bernhard Heitz, altkatholischer Dekan in Rosenheim und langjährig in der ACK Bayern tätig, zum neuen Bischof der Altkatholischen Kirche Österreichs als Nachfolger von Nikolaus Hummel, der am 24. September das 70. Lebensjahr vollendete und in den Ruhestand tritt;

nach dem altersbedingten Rücktritt von Bischof Harald Kalnins, zum Bischof der Evang.-luth. Kirche in Rußland und anderen Staaten (ELKRAS), Professor em. Georg Kretschmar, früher München, jetzt St. Petersburg;